

## Werbe-Debatte wird zur Chefsache

Adrian Schoop (FDP) bringt die Diskussion um die Anti-Reklame-Aktion der Stadt Baden an den Regierungsrat.

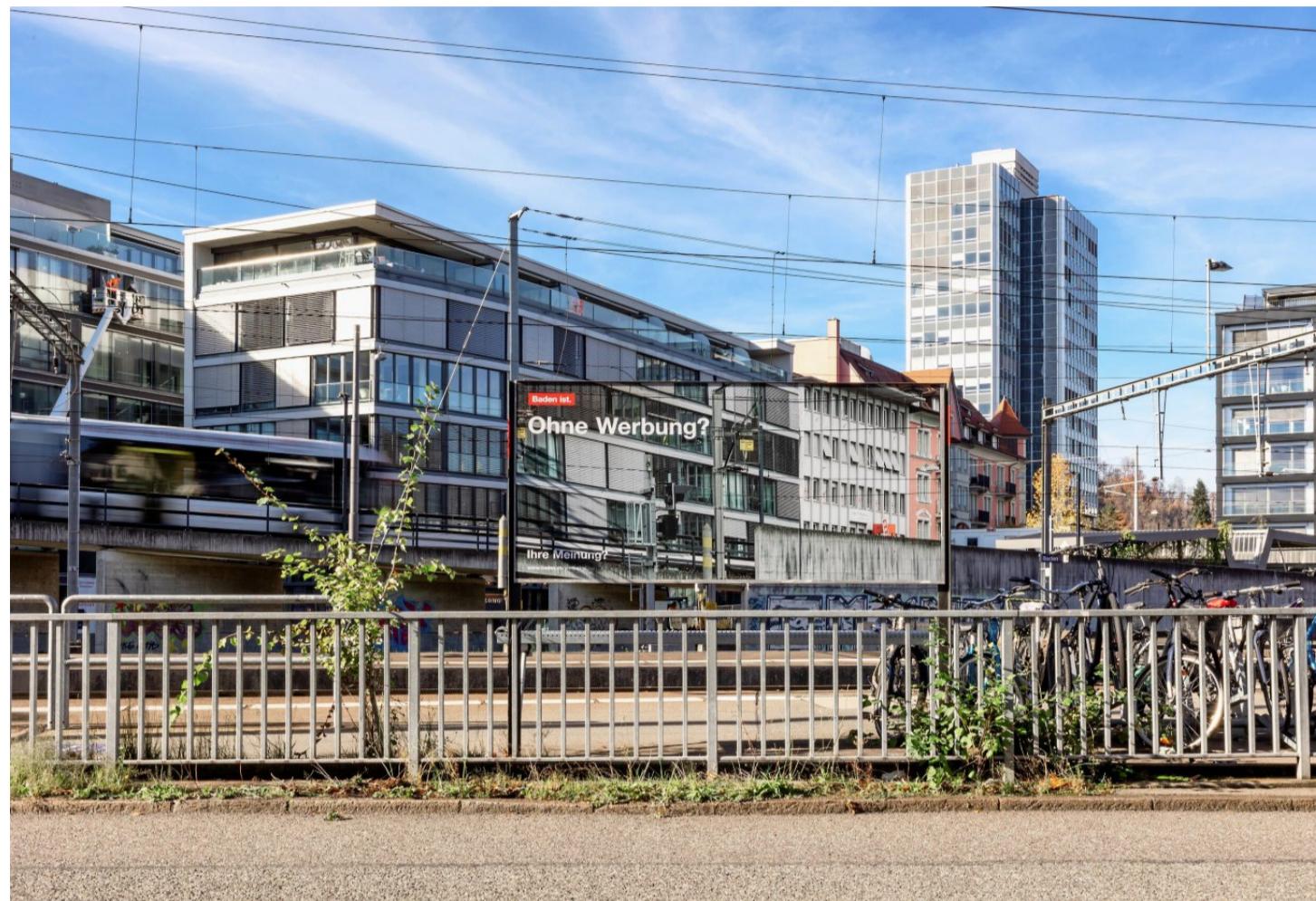
**Sarah Kunz**

Die Kritik am Anti-Werbe-Versuch der Stadt Baden ebbt nicht ab. Nun bringt Adrian Schoop, FDP-Grossrat und Turgis ehemaliger Gemeindeammann, die Debatte auch nach Aarau: Er hat einen politischen Vorstoss eingereicht und dem Regierungsrat vier Fragen zum Thema «Werbung als Feindbild» vorgelegt. Damit erreicht die bisher lokal geführte Debatte nun die kantonale Ebene.

Im Zentrum seines Vorstosses steht die Frage, wie der Regierungsrat die Bedeutung der Werbung für die lokale Wirtschaft beurteilt – insbesondere für Gewerbebetriebe, KMU, Dienstleister und Kulturschaffende. Weiter möchte Schoop wissen, ob der Regierungsrat die Auffassung teilt, dass Werbung im öffentlichen Raum ein legitimer Ausdruck von Wirtschaftsfreiheit und Meinungsausserung ist und staatliche Eingriffe deshalb nur mit Zurückhaltung erfolgen sollten.

Zudem erkundigt er sich, ob der Regierungsrat eine Gefahr darin sieht, dass kommunale Projekte, die Werbung oder Konsum pauschal problematisieren, den Wirtschaftsstandort Aargau und lokale Wertschöpfung schwächen könnten. Zuletzt fordert Schoop eine Einschätzung dazu, wie der Regierungsrat im Rahmen seiner Kompetenzen sicherstellen kann, dass politische oder gesellschaftliche Experimente nicht in ideologisch motivierte Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit münden.

Hintergrund der Interpellation ist ein Pilotprojekt der Stadt Baden, das Ende diese Woche ausläuft (die AZ berichtete). Während drei Wochen wurden Werbeflächen im öffentlichen Raum symbolisch von kommerziellen Botschaften befreit und durch Stadtansichten ersetzt – als Impuls zum Nachdenken über Konsum und Klimaschutz. Das Experiment polarisierte



Das Pilotprojekt der Stadt Baden kommt nicht überall gut an. Adrian Schoop findet: «Dass solche Aktionen mit dem Klimaschutz legitimiert werden, wirkt wenig überzeugend.»

Bild: Sandra Ardizzone

stark. So haben sich unter anderem die City Com Baden sowie verschiedene bürgerliche Politikerinnen und Politiker negativ geäussert.

### Regierungsrat soll mit seiner Antwort ein Zeichen setzen

Auch Schoop sieht hinter der Aktion mehr als nur ein lokales Experiment. Sie zeige eine Haltung, die Werbung, Konsum und damit wirtschaftliche Tätigkeit zunehmend als gesellschaftliches Problem betrachtet, hält er in seinem Vorstoss fest. Er schreibt weiter: «Dass solche Aktionen mit dem Klimaschutz legitimiert werden, wirkt zudem wenig überzeugend.»

Zwar sei die Autonomie der Gemeinden bei der Regelung von Werbeflächen zu respektie-

**«Ich will die Diskussion aufs politische Parkett bringen.»**



**Adrian Schoop**  
FDP-Grossrat

ren, doch dürften solche Experimente nicht unkommentiert bleiben, wenn sie grundlegende Prinzipien der Marktwirtschaft berühren.

«Werbung ist kein Störfaktor, sondern Ausdruck von Wirtschaftsfreiheit, Unternehmergeist und Wettbewerb», hält er weiter fest. Sie ermögliche es insbesondere dem Gewerbe, den KMU, Dienstleistern und auch der Kulturszene sichtbar zu bleiben, Kundschaft zu gewinnen und Arbeitsplätze zu sichern.

«Wenn öffentliche Stellen Werbung im Namen angeblich höherer moralischer Ziele pauschal problematisieren, entsteht der Eindruck, dass der Staat den Bürgerinnen und Bürgern misstraut», so Schoop weiter. Als

könnten sie nicht selbst entscheiden, ob sie Werbung sehen, deuten oder ignorieren wollen. «Das untergräbt das Vertrauen in die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger.»

Schoops Argumentation deckt sich mit der Meinung des bürgerlichen Lagers in Baden. Doch warum die Anfrage an den Regierungsrat? «Ich will die Diskussion damit aufs politische Parkett bringen und so eine übergeordnete Einschätzung einholen», erklärt er auf Anfrage. Er erhoffte sich, dass der Regierungsrat mit seiner Antwort ein Zeichen setze. «Die Politik darf doch nicht einschränken, dass die Privatwirtschaft Werbung machen darf – und dies erst noch mit dem Klimaschutz begründen.»

## Studie zum Feuerwehrmagazin

**Untersiggenthal** An der Gemeindeversammlung im Sickinger Festsaal sorgte am Donnerstagabend das neue Reglement über die Gemeinderatsentschädigung für Diskussionen. Auf Antrag aus der Versammlung hin wurde der Exekutive sogar ein Teuerungsausgleich zugesprochen – entgegen der Empfehlung der Finanzkommission.

Zudem stellt der Gemeinderat ab der Amtsperiode 2026 bis 2029 das Entschädigungssystem um: Statt wie bisher nach effektivem Aufwand abzurechnen, werden künftig Pauschalen ausgerichtet, die Grundentschädigung, Kommissionsarbeit und Sitzungstätigkeiten umfassen. Damit soll die Abrechnung vereinfacht und transparenter werden (das BT berichtete).

Deutliche Zustimmung fand ein Antrag zur Zukunft des Feuerwehrmagazins. Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Sanierung, Erneuerung oder einem möglichen Neubau des Gebäudes aus dem Jahr 1973 vorzulegen. Damit wird ein zentrales Infrastrukturthema der kommenden Jahre angestossen.

Wie die Gemeinde mitteilt, steht der Antrag im Einklang mit den bereits bestehenden Absichten des Gemeinderats, im Jahr 2026 eine umfassende Analyse zum Gemeindehaus und zum Feuerwehrmagazin in Angriff zu nehmen. «Das Gebäude ist in die Jahre gekommen und bedarf einer strategischen Gesamtschau, um die langfristige Nutzung sicherzustellen», heisst es in der Mitteilung.

Sämtliche traktandierten Geschäfte wurden von den Stimmberchtigten deutlich genehmigt. Das Budget 2026 mit unverändertem Steuerfuss von 105 Prozent, die Kredite für die Schutzzonenmassnahmen Rietwiese und der Kauf eines neuen Tanklöschfahrzeugs sowie der Konzessionsvertrag mit der AEW Energie AG wurden einstimmig angenommen. Auch die umfangreiche Kreditabrechnung für die Sanierung und den Umbau der vier Schulhäuser A-D fand Zustimmung. Der Verpflichtungskredit von 12,9 Millionen Franken aus dem Jahr 2018 wurde überschritten, da zahlreiche zusätzliche bauliche Massnahmen nötig waren.

Zum Schluss wurde außerdem bekannt, dass die Gemeinde Untersiggenthal im kommenden Jahr eine Bevölkerungsumfrage zum Thema Feuerwerksverbot plant. Untersiggenthal ist eine von fünf Gemeinden, die das neue Polizeireglement von Baden nicht übernommen haben. (isc)

## Kanton bewilligt Kredit für Asylheim

**Wettingen** Im Herbst 2026 entsteht auf der Zirkuswiese ein zweistöckiger Asylcontainer. Der Einwohnerrat hat dafür einen Kredit von 3,5 Millionen Franken bewilligt. Nun hat der Regierungsrat 1,86 Millionen Franken für die Anmietung und Einrichtung gesprochen, teilt die Staatskanzlei mit. (az)

## Nachricht

### Vier Energieversorger bündeln Kräfte

**Baden** Die KVA Turgi, die Fernwärme Siggenthal AG, die Regionalwerke Baden und die Refuno AG haben eine strategische Zusammenarbeit gestartet, um die Energie aus Abfall besser zu nutzen. Dies schreiben die Beteiligten in einer Mitteilung. Schon heute liefert die KVA Turgi rund 70 bis 80 Gigawattstunden (GWh) Wärme an die Fernwärme Siggenthal und die Regionalwerke Baden. Mit der geplanten Erneuerung im Projekt «KVA 2030» soll die Kapazität auf bis zu 300 GWh steigen – genug, um künftig auch die Refuno zu versorgen, wenn das AKW Beznau 2032/33 ausser Betrieb geht. Eine gemeinsame Studie soll die Grundlage für den Ausbau der Wärmenetze und weiterer Infrastruktur schaffen. (az)

## Leitartikel zur Abstimmung über das Budget 2026

# Baden kann sich tiefere Steuern locker leisten

Soll Baden die Steuern von 92 Prozent auf 89 Prozent senken? Über diese Frage wird am 30. November an der Urne abgestimmt, wenn das Budget 2026 zur Debatte steht. Dass es überhaupt zu einer Volksabstimmung kommt, ist die Folge eines denkwürdigen Abends im Einwohnerrat im Oktober. Erst nach einem Stichentscheid der Ratspräsidentin wurde die Senkung beschlossen – zuvor hatte es im Rat 28:28 geheißen.

Die Positionen sind politisch klar bezogen: SP, Grüne und Team lehnen das Budget und damit die Steuersenkung ab, während Mitte, GLP, FDP und SVP ein Ja empfehlen.

Es gibt gleich mehrere Gründe, warum ein Ja zum Budget, also eine Steuersenkung, der richtige Entscheid ist. Das Gesamtergebnis der Stadt Baden wird 2026 selbst mit einer Steuersenkung positiv ausfallen, mit einem Plus von 1,85 Millionen Franken beim operativen Ergebnis. 2,4 Millionen Franken an Einnahmen fallen zwar weg – das ist angesichts des betrieblichen Totalertrags von 160 Millionen Franken aber eine Summe, die Baden ziemlich problemlos verkraften kann.

Die linken Parteien befürchten, dass bei einer Steuersenkung die Mittel für Schulen, Freiräume, Kultur und Infrastruktur fehlen werden. So weit

darf es natürlich nicht kommen – und muss es trotz Steuersenkung auch nicht.

Denn Sparpotenzial ist reichlich vorhanden: Die Verwaltung der Stadt ist in den vergangenen Jahren so enorm gewachsen, dass die Kosten problemlos um die 2,4 Millionen Franken verkleinert werden könnten, ohne dass die Einwohnerinnen und Einwohner davon etwas merken würden. Alleine im vorletzten Jahr stieg der Personalaufwand der Stadt Baden um unglaubliche 11 Prozent.

Vor allem kann sich Baden die Anpassung leisten, weil die Einnahmen zuletzt durch die

Decke gegangen sind. Auf 155 Millionen Franken belief sich der Fiskalertrag im vergangenen Jahr – 47 Millionen mehr als budgetiert. Auch 2026 wird eine im Vergleich zu früher hohe Summe erwartet. Zuletzt wurde das Geld gebraucht, um die Verwaltung aufzublähen. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Bevölkerung direkt vom wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen profitiert.



**Pirmin Kramer**  
pirmin.kramer@chmedia.ch